

Reichshof, im Oktober 2016
(Update im Juni 2019)

Soli für den Süden?

Keine einfache Antwort auf komplexe Herausforderungen

Teile des Artikels entstanden bereits im August 2015. Nach der Eskalation der Diskussion um Migranten, dem Zerfall der europäischen Solidarität und dem Erstarken rechter Bewegungen in Deutschland und em erschreckenden Anstieg rechtsnational geprägter Gewalttaten wurde er jetzt überarbeitet. Die Bundesregierung sieht in der afrikanischen Entwicklung eine besondere Herausforderung und verleiht mit Reisen und Konferenzen diesen Gedanken eine neue Aktualität - egoistisch oder altruistisch sei einmal dahingestellt.

Du und ich, wir alle, kommen aus Ostafrika. So vor 60,000 bis 30,000 Jahren verliessen unsere Vorfahren ihre afrikanische Heimat. Sich verändernde Lebensbedingungen, massgeblich Dürre und schwindende Jagdbeute, zwangen sie zur Wanderung zunächst nach Norden, später dann nach Europa und nach Asien. Hunger war die treibende Kraft in einer ausweglosen Situation. Dies klingt vertraut - oder?

Gewiss, es ist ein sehr plumper Vergleich mit der heutigen Migration von Menschen aus den Armenhäusern und Kriegsgebieten unserer Welt. Zu Urzeiten fand die Flucht nach Westeuropa über viele Jahrtausende hinweg statt. Und der grösste Teil Europas war eine kaum besiedelte endlose Wald- und Auenlandschaft. Wie Forscher heute glauben zu wissen, war das gelegentliche Zusammentreffen von Einwanderern und einheimischen Neandertalern eher harmonisch bis hin zu sexuellen Partnerschaften zwischen den unterschiedlichen Menschengruppen. Warum schlussendlich die Neandertaler ausstarben, ist wissenschaftlich umstritten. Eines scheint jedoch gesichert: es waren wohl keine Gewaltakte der Fremden.

Europas jüngere Geschichte berichtet von vielen Wanderungsbewegungen verschiedener Völker. Keltische Volksgruppen drangen vor der Zeitenwende nach Italien vor. Die grosse Völkerwanderung in der Mitte des ersten Jahrtausends nach Christus führte zu erheblichen Verwerfungen in der europäischen „politischen“ Landschaft. Auch wenn in aller Regel Kriegseinwirkungen und Hunger die Triebfeder für diese Migration waren, gab es erhebliche Unterschiede zur ersten Migration der Afrikaner. Die zunehmende Bevölkerungsdichte machte Spannungen und Feindseligkeiten, ja sogar Eroberungskriege unvermeidbar.

Dieses dunkle Kapitel der Geschichte hatte aber auch eine positive Seite. Kulturen trafen aufeinander und befruchteten sich gegenseitig - mit heutigen Worten, es wurden Innovationen vorangetrieben. So brachten die Kelten den Römern einen besseren Wagenbau mit Drehdeichsel und Federung bei. Europa war eine Zeit lang sehr „bunt“, bis sich einige Herrschergeschlechter aufgerufen fühlten, nationalstaatliche Interessen zu verfestigen. Konsequenz: Abschottung und Ablehnung des Fremden. Leider bis heute!

Am 12. Februar 1980 legte Willy Brandt als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Kurt Waldheim einen Abschlussbericht mit dem Titel „Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer“ vor. 18 renommierte Politiker und Experten, die Mehrheit aus der Dritten Welt, hatten zwei Jahre an Perspektiven für eine neue Weltordnung gearbeitet. Sie forderten angesichts von Massenelend, Hunger, Krieg, Umweltzerstörung und Energieknappheit eine Art „Weltinnenpolitik“, etwas, was heute am besten mit „Global Governance“ beschrieben wird. Die Idee der „Einen Welt“ war geboren.

Der Bericht enthält eine Fülle an detaillierten Vorschlägen, die von der UNO im Jahr 2000 sprachlich und politisch modernisiert als Millenniumziele in acht Punkten zusammengefasst wurden:

- Bekämpfung von extremer Armut und Krieg
- Grundschulbildung für alle Menschen weltweit
- Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen
- Senkung der Kindersterblichkeit
- Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Mütter
- Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten
- Ökologische Nachhaltigkeit
- Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

Der Brandt-Report wurde 1980 zu einem politisch ungünstigen Augenblick veröffentlicht. Im Dezember 1979 hatte die Afghanistan-Invasion der Sowjetunion mit der Folge einer neuen Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen begonnen. Margaret Thatcher wurde 1979 und Ronald Reagan 1981 gewählt. Die Thatcher-Reagan-Ära war eine klare Absage an einen internationalen Interessenausgleich. Wirtschaftsliberale Politikmodelle und nationale Interessenpolitik prägten die 1980er Jahre mit schwerwiegenden Auswirkungen bis in die heutige Zeit (immerhin ist der grosse

Finanzcrash im Jahre 2008/09 unter anderem auf Thatchers Änderungen des Bankenwesens zurückzuführen).

Ein paar Vorschläge des Nord-Süd-Berichts wurden halbherzig umgesetzt, wie etwa eine Weltkinder- und eine Weltumweltkonferenz. Im Jahr 1981 tagte der erste G7-Gipfel in Cancun in Mexiko. Diese jährlichen Treffen der (angeblich) führenden Nationen ist uns bis heute erhalten geblieben, auch wenn sich über die Effizienz fürtrefflich streiten lässt. Nachhaltig ist oft alleine nur das Abschlussfoto der Gipfelteilnehmer. Auch die Erweiterung auf G20 unter Einbeziehung der wichtigen Schwellenländer war eine Idee Brandts, um die notwendige breite Internationalität herzustellen. Tatsache ist aber wohl, dass wir selbst heute noch in einer Art G-Null Beziehung arbeiten: jeder ist sich selbst der Nächste. Lediglich beim Weltumweltschutz scheint mit der jetzt vorhandenen Entscheidung zum Weltklima eine Verbesserung absehbar, selbst wenn der amerikanische Präsident dies aus nationalen Interessen ablehnt.

Selbst die Europäische Union ist noch weiter als bei ihrer Gründung von einer gemeinschaftlichen und solidarischen Handlungsweise entfernt. Staatschefs östlicher Mitgliedsländer nehmen dankbar die Gaben aus Brüssel an, verweigern aber gleichzeitig jede Mitarbeit an gemeinsamen Zielen. Italien, immerhin ein Mitbegründer der EU, leistet sich eine Regierung, deren Vertreter jeglichen europäischen Verstand verloren haben. In England belügen Populisten ihre Wähler und betreiben den Ausstieg aus der Union. Und als ob dies nicht genug ist, frustrieren die europäischen Staatschefs auch noch die letzten Europabefürworter, indem sie im Hinterkammergeschachere wichtige Posten verteilen, anstatt dem Wahlresultat der Europäer endlich demokratisch zu folgen.

Als sich Ende der 1980er Jahre der Eiserne Vorhang öffnete und die Sowjetunion zusammenbrach, glimmte neue Hoffnung für eine bessere Weltordnung auf. Durfte man davon träumen, dass jetzt die Zeit für „Eine Welt“ reif war? Weit gefehlt! In den weniger entwickelten Ländern hätten die Alarmglocken läuten sollen. Der neue Fokus der Industrieländer lag auf einmal im Osten. Milliardeninvestitionen flossen in den Aufbau der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen - siehe alleine die deutschen Milliarden für den Aufbau Ost. Es war halt einfacher, in Russland zu investieren als in Burkino Faso. Die armen Länder gingen leer aus.

Trotz enormer geopolitischer Verschiebungen bewegte sich wenig in Richtung auf eine breite internationale Solidarität. Aus dem Kalten Krieg wurde allenfalls ein

„Kalter Frieden“ (Charles Kupchan, No one's world, New York 2012). Die neuesten Entwicklungen in den amerikanisch-russischen Beziehungen, siehe zum Beispiel Syrien und Ukraine, lassen kaum auf eine Wende zum Besseren hoffen. Die Amerikaner „entdeckten“, dass sie die einzige verbliebene Supermacht auf dem Globus waren - und sie leben bis heute bestärkt durch einen mittelmäßig intelligenten Präsidenten danach. Statt einer positiv gemeinten „Weltpolizei“ erleben wir häufig ein neues aggressives Hegemonie-Bestreben. Show und Theater ist wichtiger als Realpolitik.

Die Europäische Union wuchs dramatisch schnell um viele Nationen, was eine Ausbildung einer europäischen Harmonie und Solidarität eher behinderte. Diese rasche Erweiterung hat darüber hinaus ein kontinentales Gefälle zwischen reich und arm entstehen lassen. Der EU-Bürger ist mit seinen eigenen Sorgen beschäftigt.

Russland sucht nach neuer Identität und versucht, besonders unter Putin, eine neue russisch geprägte Teilwelt aufzubauen, eine Renaissance zaristisch anmutender Bestimmung über andere Länder, die in völkerrechtlich fragwürdiger Weise sogar die Annektion von Regionen wie der Krim beinhaltet. China, nie sonderlich an Entwicklungspolitik interessiert, betrat nach seiner vorsichtigen wirtschaftlichen Öffnung den Weg einer Neo-Kolonisierung, um sich den Zugang zu Rohstoffen zu sichern und sich durch weltweite Firmenkäufe und Beteiligungen ein neues wirtschaftliches Standbein aufzubauen. Die „neue Seidenstrasse“ ist ein solches Multimilliardenprojekt, das dauerhaft eine chinesische Weltherrschaft sichern soll.

Was Wunder, dass die alleine gelassenen armen Länder zerfielen. Der von hohen Erwartungen getragene arabische Frühling entwickelte sich in fast allen Ländern zum Disaster. Hier wie in anderen Ländern des afrikanischen Kontinents kamen Warlords zur Macht, die nicht an einer Befriedung der Region und einer Linderung von Armut und Hunger interessiert waren - ein Teufelskreis, der die Migration von Hunderttausenden beschleunigte mit dem Ziel, in den reicheren Ländern Schutz vor Krieg und zumindest minimale Grundversorgung zu finden.

Wenn überhaupt lassen sich seit 2000 Ansätze zu einer Verbesserung vor allem im asiatischen und südamerikanischen Raum feststellen. Die dort stattfindende Ausbildung einer Mittelschicht förderte eine bessere Bildung und, mit bescheidenem Wohlstand, eine gesicherte Grundversorgung. Aber es ist zu früh, eine Nachhaltigkeit dieser Entwicklung zu testieren, denn neuere Entwicklungen in einigen dieser Länder, die Rückkehr von Despoten und Diktatoren, lassen Besorgnis aufkommen.

Aber es gibt immerhin Hoffnung, dass sich eine post-westliche Geopolitik entwickelt, die neue Denkansätze einer „Global Governance“ befruchten könnte. Der Weg zu der „Einen Welt“ ist jedoch noch lang. Deshalb werden wir uns noch viele Jahre mit der Migration von Millionen aus den armen in die reichen Länder auseinandersetzen und nachhaltige von allen getragene Lösungen finden müssen.

„Wo Hunger herrscht, kann Friede nicht Bestand haben. Wer den Krieg ächten will, muss auch die Massenarmut bannen.“ Mit diesen klaren Worten versuchte Willy Brandt in seinem persönlichen Vorwort zum Nord-Süd-Bericht die Weltzivilisation wachzurütteln. Und diese erschreckenden Szenarien beschreibt Brandt als Friedensnobelpreisträger und nicht als Parteipolitiker!

Wir haben uns damals Ende der 1970er Jahre gefragt, wie wir reagieren würden, wenn wir die ersten Flüchtlingsschiffe in der Deutschen Bucht sähen. Ein Schiff wird ja wohl noch OK sein, vielleicht auch zehn. Aber dann Hunderte? Werden wir der Marine den Befehl erteilen, sie zu versenken? Glücklicherweise stehen wir (noch) nicht vor einer solchen Frage. Griechenland, Italien und Spanien kämpfen stellvertretend für Resteuropa, oft alleine gelassen, aber mit enormer humanitärer Motivation in diesen ja auch nicht besonders reichen Ländern. Die jetzt erfolgte Stärkung einer europäischen Küstenwache zeigt die ganze politische Ohnmacht des Systems. Und die Ablehnung einiger östlicher EU-Mitglieder, Flüchtlinge aufzunehmen, kann eigentlich nur noch als Perversion gesehen werden, denn es waren gerade die Einwohner dieser Länder, die vor der Öffnung des Eisernen Vorhangs liebend gerne vor der Sowjet-Allmacht, der kommunistischen Ausbeutung und der damit weit verbreiteten Armut fliehen wollten.

Zwar versenkt die Küstenwache und die Marine keine Flüchtlingsboote - im Gegenteil, sie retten Menschen. Aber wie weit sind wir davon entfernt, wenn AfD-Vorsitzende laut und öffentlich nachdenken, gegebenenfalls auf Flüchtlinge bei Grenzübertritt zu schießen. Übrigens wie weit lassen wir solche menschenverachtenden Äusserungen auch im legalen Sinne zu, denn nach meiner Meinung sind hierbei einige Straftatbestände berührt. Die zunehmende Zahl von Übergriffen nicht mehr nur auf Flüchtlinge und Asylanten, sondern auf alle, die nicht eine abendländische Kultur mitbringen, lässt ahnen, zu welchen Taten fehlgeleitete Menschen fähig sind.

Das wichtigste Verständnis, das wir vor allem in Deutschland entwickeln müssen, ist die Erkenntnis, dass die Migrantenfrage so komplex ist, dass keine einfachen

Antworten möglich sind. „Alle sind willkommen“ ist genauso zu einfach und falsch wie „Grenzen dichtmachen“. Und es geht erst recht nicht um eine Islamisierung. Wir lassen eine der grössten Menschheitsherausforderungen der nächsten Jahrzehnte in einem parteipolitischen Hickhack untergehen. Wir werden die Zukunft unserer Kinder und Enkel vernichten, wenn wir nicht endlich analytisch-sachlich diese Diskussion führen. Und wir müssen bereit sein, einen mit Sicherheit notwendigen Wandel mitzutragen.

Eines der zu bekämpfenden Übel ist der Populismus, der in erschreckender Weise um sich greift. Donald Trump, Boris Johnson, Marine Le Pen, Alice Weigel, aber auch Horst Seehofer schwimmen auf einer Welle egozentrischen Machtstrebens und nutzen die Politikverdrossenheit vieler Bürger. Nur, diese Politiker haben diese Verdrossenheit nicht alleine erzeugt, sondern es sind die sogenannten etablierten Politiker und Meinungsmacher, die nicht rechtzeitig den Dialog und mehrheitlich getragene gesellschaftliche Lösungen gesucht haben. Auch bei diesen heute so Besorgten ging es oft nur um Machterhalt, den man sich mit Wahlgeschenken erkaufte, die keine Zukunftsorientierung erkennen liessen.

Das zweite Element der Komplexität ist der Hunger auf der Welt. Da wurde zwar gerade der leichte Rückgang der Zahl der Hungernden auf 750 Millionen Menschen „gefeiert“, aber um diese Zahl im Kontext zu verstehen: der gesamte europäische Kontinent bis zum Ural hat rund 740 Millionen Einwohner. Dies zeigt das Ausmass der Bedrohung hautnaher als irgendein Fernsehbericht über Hunger in der Sahel-Zone. Nun sind die hungernden Menschen ja nicht zu dumm, um für ihr eigenes Auskommen zu sorgen. Sie leben vielmehr in klimatischen Breiten, die die Versorgung begrenzen und verhindern. Die Bevölkerungsexplosion in vielen der armen Länder wurde ausserdem lange Zeit durch die christlich-abendländische „Kultur“ der Ablehnung einer Geburtenkontrolle beschleunigt. Hinzu kommt die Klimaveränderung, die zu weiteren Wetterkatastrophen und Ernteausfällen führen wird, auch etwas, was die Hungernden nicht schuld sind und was nur, egal wer und was der Grund für die Erderwärmung ist, die Industrienationen begrenzen können.

Der dritte und vielleicht heute unmittelbarste Grund einer Flucht sind Bedrohungen durch Kriege, an Beispielen wie Syrien, Irak und Afghanistan besonders deutlich. Aber auch viele andere nationale Konflikte, die bei uns weniger beachtet werden, lassen die Zahl der Hilfesuchenden anschwellen. In vielen Fällen sind die Ursachen immer noch die Folgen der Kolonialpolitik früherer Zeiten. Um so mehr haben die „Grossen Drei“, USA, Russland und EU, die Verantwortung, diese Konflikte zu

beenden. Aber Machtdenken steht dagegen, Machtdenken der Profiteure, denn was haben der Durchschnitts-Russe, der Durchschnitts-Amerikaner und der Durchschnitts-Europäer von einem Krieg in Syrien. Nichts, aber auch gar nichts, ausser dass - im Gegenteil -- hohe Militärkosten Mittel im sozialen Bereich (und auch für Welthungerhilfe) aufsaugen. Und dass die Engländer ernsthaft überlegen, die königliche Yacht „Britannia“ wieder in Betrieb zu nehmen, um die alte Glorie der Nation erneut herzustellen, ist auch nicht gerade beruhigend.

Als Viertes nennen wir gerne die Korruption in den armen Ländern - und nicht nur dort -- als Hemmnis für eine positive Entwicklung. Zwar ist die Korruption und damit das Versickern von Hilfe ein weit verbreitetes Übel, aber auch hierbei muss die Frage erlaubt sein, wer dies zu verantworten hat. Es waren die Kolonialherren, später dann die internationalen Konzerne, die sich gerne dieser „Wohltätigkeit“ zum eigenen Nutzen bedient haben. Heute mit dem Finger auf die korrupten Politiker zeigen, wird der Sache nicht gerecht.

Diese und vielleicht noch weitere Elemente müssen wir endlich in unserer politischen Diskussion offen aufgreifen. Über Humanität zu sprechen, ist zu wenig. Mit humanitären Argumenten lassen sich „alle sind willkommen“ und „Grenzen dichtmachen“ gleichermaßen begründen. Soll ich jemand vor der Türe verhungern oder durch Bomben töten lassen, oder soll ich ihn hineinlassen, aber dann wegen nicht ausreichender Ressourcen einem neuen kläglichen Schicksal aussetzen?

Die grosse Mehrheit der Deutschen ist weltoffen, aber Politik-müde. Wir verstehen sehr wohl, dass unser Wohlstand im wesentlichen darauf beruht, dass wir zu den Spitzenexportländern gehören, was ohne Kommunikation und Kontakte mit anderen Kulturen nicht möglich wäre. Wir gehören nach wie vor einem Volk an, dass viel und gerne in aller Herren Länder reist, mal abgesehen vom Ballermann auch um andere Kulturen kennenzulernen. Also haltet uns nicht für zu blöde, eine sachgerechte Diskussion zu führen. Dies bedarf aber des Anstosses durch vorausdenkende Gruppen der Bevölkerung und, nicht zuletzt, durch weniger egozentrisch denkende Politiker mit Weitblick.

Afrika-Reisen von Politikern ein winzig kleiner Schritt. Aber drei Länder in drei Tagen lässt keine Zeit, um sich der Problematik mit mehr Tiefe zu widmen. Bunte Militärparaden, das Abspielen der Nationhymne und die Unterzeichnung von ein paar Verträgen, die mehr uns als den besuchten Staaten nutzen, sind zu wenig.

Die letzten Sekunden vor Zwölf ticken. Wenn wir nicht bald eine internationale Verständigung auf eine „Weltinnenpolitik“ erreichen, werden aus den derzeit Hunderttausenden von Migranten ganz schnell Millionen werden, die von Süd nach Nord streben. Dies wird dann nicht mehr gewaltfrei ablaufen. Willy Brandt war sich bewusst, dass sich der Übergang in eine neue Weltordnung im Schneckentempo vollziehen wird. Deshalb stellte er in seinem Vorwort deutlich fest, dass auf absehbare Zeit eine humanitäre Hilfe unabdingbar ist. Mir scheint, dass wir in Europa, in Deutschland, eine solche humanitäre Hilfe nicht mehr als oberste Priorität sehen. Unsere Differenzierung zwischen sicheren und unsicheren Herkunftsländern, unser Aufbau eines europäischen Grenzschutzes sind zwar nicht unbedingt falsch, aber doch sehr fragwürdig. Wo ist der Unterschied zwischen Tod durch Verhungern oder Tod durch Attentate oder Luftangriffe?

Noch einmal Willy Brandt mit einem Zitat, dass damals wie heute richtig war und ist: „Solidarität muss über nationale Grenzen hinausreichen. Noch nie hat die Menschheit über so vielfältige technische und finanzielle Ressourcen verfügt, um mit Hunger und Armut fertigzuwerden. Die gewaltige Aufgabe lässt sich meistern, wenn der notwendige gemeinsame Wille mobilisiert wird.“

Verbitten wir uns die dumme Schwarz-Weiss-Diskussion auf der politischen Bühne und in den Medien. Schicken wir endlich die politischen Bedenkenträger zum Teufel, die an den Symptomen herumdoktern, sich aber vor einer klaren Diagnose und dann Therapie drücken. Wir benötigen Visionäre, die sich nach langer Zeit des Nichtstuns an die Verwirklichung der „Einen Welt“ machen. Dies braucht Mut - und Geld. Schon einmal an einen Soli für den Süden gedacht?

© Dr. Rainer Ibowski, 2015-2019

Literaturhinweis: ein Teil der Gedanken wurde aktualisiert und adaptiert aus der Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Heft Nr. 25, 2013 als Download erhältlich unter www.willy-brandt.org (Die deutsche Buchfassung des Original-Nord-Süd-Reports ist leider vergriffen.)